

Im Einvernehmen mit ihrem Aufsichtsrat und in Abstimmung mit den Eigentümern hat die **WestLB AG**, Düsseldorf, die Bundesregierung gebeten, im laufenden Verkaufsprozess der **Westdeutschen Immobilien-Bank AG (West-Immo)** einen Antrag auf Fristverlängerung bei der Europäischen Kommission zu stellen. Diese hat der Bitte entsprochen. Die Verlängerung soll die Konzernmutter in die Lage versetzen, die West-Immo zu einem günstigeren Zeitpunkt zu verkaufen, an dem sich die allgemeine Marktlage normalisiert hat. Gleichzeitig sollen während des Zeitraums die strukturellen Voraussetzungen für eine Veräußerung insbesondere mit Blick auf die Refinanzierungserfordernisse der West-Immo verbessert werden, heißt es von dem Institut. Die aktuell vorliegenden Angebote für die Immobilientochter hat das Institut ausgeschlagen.

Die **Norddeutsche Landesbank (Nord-LB)**, Hannover, verkauft ihren Anteil an der Bank **DnB Nord A/S** an die norwegische Mehrheitseignerin **DnB Nor**. Ein entsprechender Letter of Intent über die grundsätzlichen Bedingungen des Verkaufs wurde bereits unterzeichnet. Der Vereinbarung zufolge wird die DnB Nor den 49-Prozent-Anteil der Nord-LB am Joint Venture vollständig übernehmen. Der Kaufpreis wird auf 160 Millionen Euro beziffert. Der Buchwert der Beteiligung betrug nach eigenen Angaben zum Halbjahr 222 Millionen Euro. Durch den Verkauf der Anteile werde bei der Landesbank Eigenkapital in Höhe von rund 350 Millionen Euro freigesetzt. Die Transaktion stand bei Redaktionsschluss noch unter dem Genehmigungsvorbehalt der Aufsichtsgremien beider Banken und der zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden.

Ende Oktober dieses Jahres hat die **Staatsanwaltschaft** gegen einzelne Mitarbeiter der **Deutschen Apotheker- und Ärztebank (Apo-Bank)**, Düsseldorf, Ermittlungen wegen möglicher unrechtmäßiger Vorteilsnahme eingeleitet. Als Reaktion ordnete das Institut eine entsprechende interne Untersuchung an. Erste Ergebnisse deuten nach Angaben der Genossenschaftsbank darauf hin, dass sich einzelne Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter nicht korrekt verhalten haben und unter Verdacht stehen, sich unerlaubt persönliche Vorteile verschafft zu haben (siehe auch Personalien in diesem Heft). Kunden seien nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht direkt geschädigt worden.

## 27. Oktober 2010 bis 5. November 2010

Mit dem Erhalt einer entsprechenden Lizenz von den **chinesischen Behörden** bietet die dortige Niederlassung der **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, künftig auch Produkte in der landeseigenen Währung Renminbi (RMB) an, inklusive Kredite. Den Erhalt der RMB-Lizenz bezeichnet das Institut für die Filiale in Peking als letzten Schritt auf dem Weg zur vollständigen Integration der **Dresdner Bank** in die neue Commerzbank in Asien.

Die deutschen und die schweizerischen Behörden wollen offiziell über den Umgang mit auf **Schweizer Konten** befindliche Schwarzgelder beraten. Man sei sich einig über die Notwendigkeit einer Legalisierung unversteuerter Altgelder und die Einführung einer **Abgeltungssteuer** auf die Einkünfte aus Vermögen deutscher Staatsangehöriger, verlautete aus Berlin. Über die Höhe des Steuerabschlags für die Legalisierung beziehungsweise des Abgeltungssteuersatzes werde noch verhandelt. Gleiches gilt für die Absicht, den Finanzinstituten beider Länder jeweils einen einfacheren Marktzutritt zu ermöglichen. Entsprechende Gespräche sollen Anfang 2011 beginnen.

Der US-amerikanische Anleiheversicherer **Ambac** verhandelt mit seinen Gläubigern über die Einleitung eines beschleunigten Insolvenzverfahrens. Ziel sei es, möglichst schnell eine Umschuldung zu ermöglichen, wie es in einem Schreiben an die US-Finanzaufsicht **Securities and Exchange Commission (SEC)** heißt. Sollten die Verhandlungen scheitern, wolle man noch vor Ende des laufenden Jahres Gläubigerschutz beantragen. Bemühungen, frisches Kapital zu gewinnen, waren zuvor gescheitert.

Für eine Summe von 4,2 Milliarden Euro erwirbt die spanische Großbank **Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA)** einen Anteil von 24,9 Prozent an dem türkischen Institut **Turkiye Garanti**. Zur Finanzierung will die BBVA ihr Kapital um fünf Milliarden Euro erhöhen. Von dem Gesamtpaket stammen 18,6 Prozent vom US-amerikanischen Großkonzern **General Electric**, weitere 6,3 Prozent gibt die türkische Indus-

triegruppe **Dogus** ab, die bislang größter Aktionär der Bank war und zukünftig über die gleichen Stimmrechte verfügt wie die BBVA.

Früher als vorgesehen zahlt der Schweizer Rückversicherungskonzern **Swiss Re** den US-amerikanischen Investor **Warren Buffett** aus. So soll eine frühestens im März 2011 rückzahlbare Wandelanleihe über drei Milliarden Schweizer Franken vorzeitig getilgt werden. Zusätzlich muss noch vor Jahresende für entgangene Zinsen und als Prämie die Summe von rund einer Milliarde US-Dollar überwiesen werden, was einem Aufschlag von rund einem Fünftel entspricht. Buffett hatte die Anleihe gezeichnet, nachdem das schweizerische Unternehmen in der Finanzkrise in eine Schieflage gekommen war.

Nach insgesamt sechs Wochen sind die Fusionsgespräche der **Bayerischen Landesbank (Bayern-LB)**, München, und der **WestLB AG**, Düsseldorf, vorzeitig abgebrochen worden. Der Vorstand des bayerischen Instituts sieht nach eigenen Angaben keinen wirtschaftlichen Sinn in einem Zusammengehen. Insbesondere hätte nach Ansicht des Führungsgremiums nach einer Fusion beider Häuser keine hinreichend höhere Eigenkapitalrendite erwirtschaftet werden können, welche die Kosten und Herausforderung einer Fusion rechtfertigen würde. Währenddessen sieht das Führungsgremium der Düsseldorfer Bank weiterhin positive Perspektiven für ein fusioniertes Institut. Die **EU-Kommission** hatte einen Verkauf der WestLB bis zum Jahresende 2011 auferlegt. Dieser Prozess soll nun unter der Leitung des Verkaufsbeauftragten Friedrich Merz weitergeführt werden.

Eine strategische Partnerschaft mit Kapitalverflechtung gehen der Hannover Versicherungskonzern **Talanx** und der japanische Versicherer **Meiji Yasuda Life** ein. Die Beteiligung des asiatischen Instituts soll in Form einer nachrangigen Pflichtwandelanleihe mit einem Volumen von 300 Millionen Euro erfolgen, die der deutsche Partner emittiert und die im Falle eines Börsengangs in Talanx-Stammaktien umzuwandeln ist. Als wichtigstes Element der Zusammenarbeit sollen verschiedene Joint Ventures gestartet werden, um ein schnelleres Wachstum im globalen Markt zu erreichen. Zudem sei eine bessere Diversifizierung angestrebt.